

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Türkei auf dem Weg zum Ein-Mann-Regime

Seit Montag wird der Verfassungsentwurf der AKP zur Einführung des Präsidialregimes im türkischen Parlament behandelt und in den nächsten Tagen zur Abstimmung gebracht.

Die Türkei vollführt einen Regimewechsel, der de facto längst existiert und nun auch in der Verfassung verankert werden soll. Nach dem Putschversuch am 15. Juli wurde am 20. Juli 2016 der Ausnahmezustand (OHAL) über die Türkei verhängt. Noch in der Putschnacht bedankte sich Erdoğan für die „Gabe Gottes“; es sind nicht wenige die das Folgende als „Putsch im Putsch“ werten. Seit jenem Tag wird die Türkei mit Notstandsdekret regiert. In der Folge wurden hunderte zivilgesellschaftliche Organisationen, Zeitungen, Verlage und TV-Sender verboten, 10 Tausende entlassen, Firmen, Konzerne beschlagnahmt, entweder aufgelöst oder unter einen Zwangsverwalter gestellt. Gleiches gilt für den politischen Bereich. Bürgermeister von Dutzenden Rathäusern der kurdischen Provinzen wurden verhaftet, an ihrer Stelle Zwangsverwalter, vorzugsweise Gouverneure, eingesetzt. Die Wirtschaft erlebt eine tiefe Krise. Der Tourismussektor ist eingebrochen und die Türkische Lira hat erheblich an Wert verloren. Außenpolitisch ist

die Türkei isoliert und profitiert allein aus dem Zwiß zwischen Russland und den USA. Auch ihr Intermezzo in Syrien resultiert letztlich daraus. Die Folgen ihres Krieges sind für den Nahen Osten und auch für die Welt hingegen unabsehbar. Nur eins nicht, weder sind sie Frieden stiftend, noch Stabilität bringend oder gar gegen den IS gerichtet. Sondern viel mehr werden es wieder die Kurden sein, die ihren Kopf dafür hinhalten sollen.

Nun soll mit der Verfassungsänderung dem angeknacktesten parlamentarischen System in der Türkei der Todesstoß versetzt werden. So zumindest sehen es die Abgeordneten von CHP und HDP. Ihnen zu Folge „hat noch jedes Putschregime seine eigene Verfassung geschaffen“ (Bülent Tezcan-CHP). Dabei ist nicht zu vergessen, dass das parlamentarische System erheblich auch durch das zutun der CHP selbst demontiert wurde. Im Kampf gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei war sie lange bereit, alle Beschlüsse mitzutragen, die das parlamentarische System zusehendes schwächten und an Einfluss verlieren ließen. Zu nennen wären hier nur das umstrittene Gesetz zur Aufhebung der Immunitäten von Abgeordneten, aber auch die Verhängung des OHAL selbst.

Innerhalb der Parlamentsdebatte wiesen Abgeordnete der HDP darauf hin, dass „bei einer für die Türkei so historisch wichtigen Entscheidung“ elf ihrer Abgeordneten als Folge der Aufhebung ihrer Immunität, womit sie allerdings trotzdem Abgeordnete sind, als „Geiseln“ im Gefängnis festgehalten werden und somit unrechtmäßig von der Abstimmung ferngehalten werden. Osman Baydemir, Abgeordneter der HDP, benannte die Inhaftierung der Kovorsitzenden seiner Partei, Selahattin Demirtaş und Figen Yükksekdağ, als den „ersten Anschlag gegen das Parlament“. Unerwähnt blieben zwei weitere Abgeordnete der HDP, Faysal Sariyıldız und Tuğba Hezer. Beide sind aktuell in Europa, da sie direkt von Verhaftung bedroht sind. Sie können nicht nur nicht ins Parlament zu Abstimmung kommen, sondern, das zuletzt heraus gegebene Notstandsdekret macht es möglich, ihnen kann auch ihre Staatsbürgerschaft entzogen werden.

Würde das Parlament in der Putschnacht vom 15. Juli noch gemeinsam von allen vier Parteien gerettet, soll es heute und in den kommenden Tagen mit den Stimmen von MHP und AKP seiner Funktion beraubt und in der Türkei ein Ein-Mann-Regime installiert werden... (ISKU, 9.1.)

Die Morde von Paris: Dieser Fall ist noch lange nicht abgeschlossen!

Anlässlich des vierten Jahrestages der Morde an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez versammelten sich tausende Menschen in Paris, um den drei kurdischen Revolutionärinnen zu gedenken und Gerechtigkeit einzufordern. Aus ganz Europa kamen am gestrigen 7. Januar Menschen in der französischen Hauptstadt zusammen, wo die drei Frauen am 9. Januar 2013 kaltblütig ermordet worden waren. Die Demonstranten machten durch ihre Sprechchöre und Transparente deutlich, dass für sie der Fall erst abgeschlossen ist, wenn der Mord an den drei Frauen lückenlos aufgeklärt ist. Sie protestierten auch gegen den französischen Staat und ihre Justiz, die

trotz der zeitnahen Festnahme von Ömer Güney, dem mutmaßlichen Mörder der drei Frauen, den Prozess gegen diesen über lange Zeit verzögerte. Güney selbst verstarb schließlich im vergangenen Dezember, die Prozesstermine gegen ihn waren zwischen dem 23. Januar und dem 21. Februar 2017 datiert. Während der Haftzeit des Tatverdächtigen tauchten im Internet Sprachaufzeichnungen und Dokumente auf, die darauf deuten lassen, dass Güney im Auftrag des türkischen Geheimdienstes MIT gehandelt hat. Sein plötzlicher Tod lässt deshalb bei vielen den Verdacht aufkeimen, dass Güney aufgrund der politischen Brisanz des Falles beseitigt worden ist.

„Verantwortlich für die Aufklärung dieses Falles ist der französische Staat“

Auf der Abschlusskundgebung der gestrigen Demonstration sagte Metin Cansız, der ältere Bruder des Mordopfers und PKK-Mitbegründerin Sakine Cansız, dass die Angehörigen der Opfer von der französischen Justiz die Aufklärung dieses schrecklichen Mordes erwartet hatten. „Stattdessen haben wir vom Tod des mutmaßlichen Mörders erfahren. Das hat uns nach dem Mord ein zweites Mal in Trauer versetzt. Verantwortlich für die Aufklärung dieses Falles ist der französische Staat“, erklärte Metin Cansız.

Der Vater von Leyla Şaylemez sprach ebenfalls auf der Abschluss-

Meldungen:

Mahnmal für die Ermordeten von Roboski zerstört – Hilfsverein wurde verboten

Am 28. Dezember 2011 wurden 34 Bewohner des keine tausend Einwohner zählenden, nahe der irakischen Grenze liegenden Dorfes Roboski durch einen Luftangriff der türkischen Armee ermordet. Obwohl seitdem fünf Jahre vergangen sind, wurden weder die Verantwortlichen benannt noch gibt es eine Entschuldigung für das Geschehene. 2013 wurde der Verein Roboski-Der (Verein für Gerechtigkeit und Frieden für Roboski) gegründet. Er sollte die Suche nach Gerechtigkeit für die Betroffenen unterstützen. Mit dem neuen Notstandsdekret aus Ankara wurde der Verein jetzt staatlicherseits geschlossen.

Am Samstagabend wurde auch das Mahnmal für die bei dem Massaker Ermordeten zerstört. Das Mahnmal war 2013 in Amed (Diyarbakır)-Kayapınar errichtet worden. Es zeigt eine Mutter, die sich auf die Knie geworfen klagend die Arme gegen Himmel streckt. Um sie herum fallen Bomben zur Erde. Auf Marmortafeln, die um das Mahnmal standen, waren die Namen der 34 in Roboski Ermordeten angebracht.

Im Zuge der Unterdrückung der kurdischen Opposition in der Türkei wurden auf Anweisung Ankaras die Kobürgermeister von Amed später auch von Kayapınar in Haft genommen und statt ihrer Zwangsverwalter eingesetzt. Auf dessen Anweisung wurde das Mahnmal nun zerstört, die Marmortafeln zerbrochen. Veli Encü, Vorsitzender des Vereins Roboski-Der, erklärte: „Damit das Geschehene vergessen wird, haben sie das Mahnmal zerstört. Doch vergessen werden wir nicht ...“

(ANF 9.1., ISKU)

Prozesse gegen Journalisten in Türkei

In Istanbul hat sich der Journalist Erol Önderoğlu am Mittwoch erneut vor Gericht verantworten müssen. Die türkische Justiz wirft ihm wegen der Beteiligung an einer Solidaritätskampagne für die prokurdische Zeitung Özgür Gündem »Terrorpropaganda« vor. Mitangeklagt sind der Schriftsteller Ahmet Nesin und die Präsidentin der Stiftung für Menschenrechte, Sebnem Korur Fincancı. Ihnen drohen 14

Eine Stadt, die ausgelöscht wurde

Ab dem Ortseingang von Nisebin (Nusaybin) beginnen die Straßenkontrollen. Die Betonklötze, welche die Straßenkontrollen absichern sollen, sind mit türkischen Fahnen bemalt.

Ich besuche zunächst den Ort Dergül (Kumçatı). Hierher und in die umliegenden Dörfer waren viele Einwohner aus Şirnex nach der Zerstörung ihrer Stadt gezogen. In Dergül lebten sie in Zelten, bis diese durch die Staatsbediensteten niedergerissen wurden. Ich hatte den Ort bereits besucht, als es die Zelte noch gab. Nun findet man nur noch vereinzelt Zelte. Die Leute haben nun gemeinsam angefangen kleine Häuser zu errichten. Viele Menschen sind auch bei Bekannten in den Dörfern untergekommen. Wir besuchen auch die Dörfer, um mit einigen Menschen dort ins Gespräch zu kommen. Dann gibt es noch das Camp, das errichtet wurde, als die Eziden aus Shengal flohen. Nun leben da rund 28 bis 30 Familien aus Şirnex. Eigentlich handelt es sich um die Überreste eines Camps. Denn viele Unterkünfte haben keine Türen, zerbrochene Fenster und manche sogar noch nicht einmal ein ganzes Dach. In diesen Baracken müssen die Menschen den Winter überstehen.

Nach Dergül reisen wir weiter nach Şirnex. Doch die Weiterreise gestaltet sich schwierig.

Früher begegnete einem am Ortseingang von Şirnex ein Schild, auf dem stand „Şirnak ist eine von 81 Provinzen der Türkischen Republik“. Nun begegnen wir einem Schild, auf dem lediglich steht „Şirnak ist eine türkische Provinz“. Mal schauen, was uns nach diesem Schild begegnet. Vor dem Ortseingang bildet sich eine kilometerlange Autoschlange. Auch wir warten geduldig in unserem Fahrzeug. Man kommt nur sehr langsam voran, denn jedes Auto wird detailliert durchsucht. Nach einer halben Stunde beschließen wir wie viele andere Leute auch, den Wagen abzustellen und zu Fuß in die Stadt zu laufen.

Dann kommen wir bei einem weiteren Kontrollpunkt zwischen den Gewerbegebiet und der Universität von Şirnex an. Eigentlich wirkt dieser Ort viel mehr wie ein

Grenzübergang zwischen zwei Staaten. Wir kommen auf einem Platz an, der umzäunt ist mit Stacheldraht und Betonblöcken. Es gibt vier Durchgänge an diesem „Grenzübergang“. An jedem Durchgang, an die man sich aufstellen kann, gibt es eine Kotrolkabine. Hier werden die Personen, die in die Stadt wollen, einzeln durchsucht. Die Polizistin, die uns kontrolliert, telefoniert gleichzeitig mit ihrer Mutter. Am Ende sagt sie ihrer Mutter am Hörer, dass sie nun weiterarbeiten muss. Dann erscheint ein zweiter Polizist hinter dem Stacheldraht, dem unsere Ausweise übergeben werden. Er verschwindet wieder, um über Funk unsere Identitäten zu überprüfen und erscheint nach 15 Minuten mit den Ausweisen wieder. Diejenigen, die ihren Ausweis erhalten, wirken erleichtert, weil sie die Prozedur nun endlich überstanden haben und nun den Kontrollübergang passieren dürfen. „Wir haben die Brücke von as-Sirāt überquert“, sagt jemand neben mir.

Da wir unseren Wagen zurückgelassen hatten, mussten wir nun ins Stadtzentrum laufen. Wir versuchen uns bei Laune zu halten, indem wir uns weismachen wollen, dass ein langer Spaziergang uns gut tut. Dennoch ist der Spaziergang nicht sehr angenehm, weil es viel bergauf geht und das Wetter sehr frostig ist. Rechts von uns sehen wir auf einer freien Fläche Unmengen von weggeschmissenen Möbelstücken. Mein Wegbegleiter, ein Freund aus Şirnex, erklärt mir, dass es dabei um Möbelstücke handelt, die aus den Wohnungen der Menschen geplündert und dann verschrottet wurden.

Nach einiger Zeit holt uns ein Bekannter mit seinem Fahrzeug ab. Wir fahren in die zerstörten Teile der Stadt. Rund 70% des Stadtzentrums sind völlig zerstört. Acht von zwölf Stadtteilen der Stadt Şirnex gibt es nicht mehr. Die Orte, an denen ich Mal eingekauft hatte, der Teegarten, an dem ich so gerne mit Freunden zusammensaß...all das gibt es nicht mehr. Bahçelievler, der ehemals größte Stadtbezirk von Şirnex mit rund 12.000 Einwohnern, ist nun nicht viel mehr

als eine ebene Leerfläche. Eine ganze Stadt...einfach wie ausgeradiert.

Die Zerstörung in Şirnex gleicht nicht den Zerstörungen in den anderen Städten. Cizir (Cizre), Silopî, Hezex (İdil), Nisebin, Amed-Sur (Diyarbakir-Sur), Gever (Yüksekova)...überall dort ist die Zerstörung nicht so grausam wie in Şirnex. Ich bin aufgrund des Anblicks, der mir hier begegnet, völlig schockiert. Ich begegne Aycan Irmez, der HDP-Abgeordnete aus Şirnex. Sie spricht von der systematischen Vernichtung einer Stadt. Hier wurde die Ausgangssperre, die am 14. März ausgerufen wurde ganze acht Monate später erst, also am 14. November wieder aufgehoben. Die militärischen Operationen hier waren bereits am 3. Juni zu einem Ende gekommen. In der Zeit danach begann die Zerstörung der Stadt. Der Gouverneur von Şirnex spricht von 2.044 zerstörten Gebäuden in der Stadt. Die HDP-Abgeordnete erklärt mir, dass in der Statistik des Gouverneurs sechs- bis achtstöckige Wohnanlagen als ein zerstörtes Gebäude beziffert werden. Insgesamt seien deshalb rund 10.000 Wohnungen völlig vernichtet worden.

„Am 3. Juni endeten die militärischen Auseinandersetzungen. Vom 3. Juni bis zum 14. November wurden hier Wohnungen und Läden zerstört. Die übrig gebliebenen Möbelstücke wurden wie Siegesbeute verteilt. Die Familien erklärten nach dem 3. Juni, dass sie ihr Eigentum haben wollen. Die Familien stellten hierfür Anträge. Auf die Anträge wurde geantwortet, dass der Besuch ihrer Wohnung den Familien gestattet werde, wenn diese bereit seien, beim Besuch eine türkische Fahne an die Außenfront ihrer Wohnung aufzuhängen. Manchen wurde der Besuch von einer Stunde in der Wohnung gestattet, anderen gerade einmal eine halbe Stunde oder zehn Minuten. Die Menschen haben aufgesammelt, was sie in dieser Zeit aufsammeln konnten. Dann mussten sie ein Protokoll unterzeichnen, dass sie ihr Eigentum entgegengenommen hätten.“ (T24, 4.1., CA)

Jahre Haft. Ebenfalls verhandelt werden sollte am Mittwoch gegen den früheren Chefredakteur der regierungskritischen Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar. Die Verhandlung wurde jedoch kurz nach Beginn auf den 1. März vertagt. (jW, 12.1., ISKU)

Türkische Lira stürzt auf Rekordtief

Der Verfall der türkischen Landeswährung scheint nicht zu stoppen. Am Montag stürzte die Lira gegenüber dem US-Dollar erneut um über zwei Prozent auf ein Rekordtief ab. Am Montag vormittag kostete ein US-Dollar bis zu 3,7386 Lira und damit so viel wie nie zuvor. Auch zum Euro fiel die türkische Währung auf ein Rekordtief. Seit dem »gescheiterten Putschversuch« Mitte Juli 2016 steht die Lira stark unter Druck. Im dritten Quartal 2016 ist die türkische Wirtschaft erstmals seit dem Krisenjahr 2009 geschrumpft. (jW, 10.1., ISKU)

Ankara will Türken im Ausland ausbürgern

Die türkische Regierung hat per Dekret festgelegt, dass nun im Ausland lebenden Verdächtigen unter bestimmten Bedingungen die Staatsbürgerschaft entzogen werden kann. Nach den in der Nacht zu Samstag veröffentlichten Notstandsdekreten kann das Kabinett Türken im Ausland, die bestimmter schwerer Straftaten beschuldigt werden und trotz Aufforderung nicht innerhalb von drei Monaten zurückkehren, die Staatsbürgerschaft aberkennen. Zu diesen Straftaten zählen unter anderem Putschversuche, wie der im vergangenen Juli, oder die Gründung bewaffneter Organisationen. Außerdem wurden per Dekret 8.400 Staatsbedienstete entlassen. (jW, 9.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad
jW	junge Welt

→ Die Morde von Paris...

sauflklärung und verwies darauf, dass der französische Staat nun den Fall abschließen will, ohne die genauen Hintergründe des Mordes aufzuklären. Das werde man allerdings unter keinen Umständen zulassen.

„Täter ist der kolonialistische türkische Staat“

Auch die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) meldete sich anlässlich des Jahrestages der Morde von

Paris mit einer schriftlichen Erklärung zu Wort und kritisierte die ungeklärten Umstände des Todes von Ömer Güney. In der Erklärung heißt es unter anderem: „Durch den Tod des Mörders sollen die Kräfte, die hinter dieser Tat stecken, gedeckt werden. Man will nicht, dass sie vor der Weltöffentlichkeit zur Rechenschaft gezogen werden. Doch für uns ist es kein Geheimnis, wer die Entscheidung zu der Planung und der Umsetzung des

Mordes an unseren drei Genossen gefällt hat. Für dieses Massaker sind der kolonialistische türkische Staat und seine AKP-Regierung verantwortlich. Wir werden zweifellos unsere Rechenschaft an diesem Mord einfordern, indem wir unseren Freiheitskampf für die Befreiung Kurdistans und die Demokratisierung der Türkei und des Mittleren Ostens weiter stärken werden“, so die KCK.

(CA, 8.1., ISKU)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org